

Klaus J. Bade, Integration von Flüchtlingen in Deutschland. Hintergrundinformation für National Geographic, 14.3.2016

Es wird bei der Integration von Hunderttausenden von Neuzuwanderern aus anderen Kulturen auch mit importierten Kulturspannungen und Kulturkonflikten zu rechnen sein; denn: zu den ins Land geflüchteten Gruppen gehören auch solche, die sich im Ausgangsraum bekämpft haben und sich hier gegenseitig beschuldigen, für den Verlust der jeweils anderen Heimat verantwortlich zu sein.

Hinzu kommen interreligiöse Spannungen. Sie haben in Berlin zum Beispiel zum Asyl vom Asyl geführt, dergestalt, dass ein aus seiner Heimatregion vor Verfolgung durch muslimische Fundamentalisten geflohener, vom Islam konvertierter Christ in einer Berliner Erstunterkunft von Koranverse brüllenden Muslimen so zum Widerruf gedrängt wurde, dass er schließlich – nach einem Selbstmordversuch – in einer Berliner Gemeinde Kirchenasyl erhielt. Das ist kein Einzelfall und nur ein weiterer Hinweis auf die Notwendigkeit, allen Neuzuwanderern mit Bleibeabsicht möglichst rasch nach ihrer Niederlassung auf geeignete Weise nachdrücklich die Spielregeln der Einwanderungsgesellschaft im Aufnahmeland deutlich zu machen:

In der Migrations- und Einwanderungsgesellschaft muss im gemeinsamen Interesse alles getan werden, was das Zusammenleben in sozialen Frieden und wechselseitiger kultureller Akzeptanz auf der Grundlage der Werte ermöglicht, die im Grundgesetz stehen. Das gilt für Einheimische wie für Neuzuwanderer.

Deutschland hat 2016 rund eine Million von Schutzsuchenden aufgenommen. Das Land hat damit in besonderem Maße humanitären Pflichten entsprochen. Es muss sich deshalb nicht genieren, auch Forderungen an die zu stellen, die im Schutz des Rechts- und Wohlfahrtsstaates leben wollen.

Es gilt hier mit einem Irrtum aufzuräumen: Verfolgte Schutzsuchende sind nicht qua Verfolgung soziale und kulturelle Lichtgestalten, denen gegenüber jedwede Forderung nach der Beachtung von Werten und Regeln des Aufnahmelandes ein interkultureller Sündenfall wäre. Das wäre nicht Willkommenskultur, sondern Willkommenskitsch.

Schutzsuchende sind meist leidgeprüfte, oft auch traumatisierte, aber ansonsten ganz normale Menschen. Sie kommen nur oft aus anderen Kulturen und Lebensformen und haben ein Recht darauf, zu erfahren, aber auch die Pflicht, zur Kenntnis zu nehmen, wie die Spielregeln des Landes lauten, das sie auf eigenen Wunsch auf Zeit oder auf Dauer zu ihrer neuen Heimat machen wollen und das viele von Ihnen offenbar bislang nur aus dem Fernsehen, aus den sozialen Medien oder gar nur vom Hörensagen kennen.

Die geflüchteten und hierzulande schutzsuchenden Neuzuwanderer sollten dabei die herrliche Freiheit dieses Landes erfahren. Sie müssen aber auch lernen, dass das Glück dieser Freiheit zum Beispiel dort endet, wo es sich auf das Unglück oder die Diskriminierung anderer gründet. Nötig dazu wären für alle Neuzuwanderer verpflichtende Handreichungen und Schnellkurse mit Orientierungshilfen und Sprachkursen, die nicht zu verwechseln sind mit den regulären Integrationskursen.

Wer den Schutz unseres Grundgesetzes beansprucht, muss auch dessen Wertebasis akzeptieren. Wer diese Grundwerte und die daraus abgeleiteten Grundregeln nicht akzeptieren will oder kann, der sollte konsequenterweise gebeten werden, andernorts zu seinen Bedingungen den von ihm erstrebten Schutz zu suchen.

Im Blick auf die politische Kultur in Deutschland muss bei der Integration von Neuzuwanderern in so großer Zahl mit weiteren Polarisierungen und Frontstellungen gerechnet werden, wie es sie bislang eher in Ländern wie Frankreich gab, hier insbesondere im Blick auf den Front National.

Pegida und die Alternative für Deutschland wären nur ein schlappes Vorspiel gewesen, wenn, was sich immer deutlicher abzeichnet, die sogenannte Islamkritik und die sogenannte Asylkritik zusammenfinden zu einem xenophob-antimuslimisch-christlich-fundamentalistischen Bündnis zur sogenannten Rettung des Abendlandes vor der angeblichen Völkerwanderung aus dem sogenannten Morgenland.

Soviel nur als Andeutung zu kulturellen und politisch-kulturellen Aspekten und Nebenaspekten der Flüchtlingsintegration.

Zu den sozialen Aspekten der Flüchtlingsintegration:

Für soziale Integration gibt es eine seinerzeit von meinem zu früh verstorbenen Freund und Kollegen Michael Bommers und mir 2004 für den Zuwanderungsrat entwickelte operationale Definition. Sie lautet: Integration ist die messbare Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens – als da sind zum Beispiel: frühkindliche Erziehung, schulische Bildung, berufliche Ausbildung, Teilhabe am Arbeitsmarkt, an den Sozial- und Rechtssystemen bis hin zur politischen Teilhabe, die natürlich statusabhängig ist. Integrationsförderung in diesem Sinne bedeutet dementsprechend das Bemühen um eine möglichst chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Hierzu ist das gesamte Inventar der Integrationsförderung gefragt, damit es nicht aufs Neue zur Notwendigkeit dessen kommt, was ich seinerzeit einmal konzipiert habe unter dem Stichwort „Nachholende Integrationsförderung“; denn die Erfahrung hat gelehrt, dass nachholende Integrationsförderung unendlich viel teurer und weniger effektiv ist als eine frühzeitige Integrationsförderung, besonders im Blick auf sprachliche und berufliche Qualifikation.

In der öffentlichen Diskussion sozialer Aspekte der Flüchtlingsintegration dürften alle Kampfbegriffe der Vergangenheit aufs Neue in Stellung gebracht werden – von der aus den BMI stammenden Denunziationsrede von den sogenannten „Integrationsverweigerern“ über die aus der gleichen Quelle stammende, ebenso falsche Denunziationsrede von den angeblich zu rund einem Drittel falschen Syrern, nämlich solchen mit angeblich gefälschten Pässen, bis hin zu dem deutschen ministerialen, politischen und gutbürgerlichen Kollektivtrauma der sogenannten „Parallelgesellschaften“.

Damit sind bei den migrationshistorisch ahnungslosen Agitatoren in der Regel nur jene Siedlungskolonien gemeint, die es in vielen Einwanderungsprozessen zum Teil über Generationen hinweg gibt und gab, eingeschlossen die vielen „Little Germanies“ in der Neuen Welt der Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts.

Hinzu kommt das nicht zu unterschätzende Problem der veritablen Opferkonkurrenz zwischen ausländischen Flüchtlingen und einheimischen Armen.

Zu den ökonomischen Aspekten der Flüchtlingsintegration:

Von Zwangswanderungen, also Vertreibungen und Deportationen mit erzwungenen Zielvorgaben einerseits und bloßen Mitläufern andererseits abgesehen, ist Migration über weite Distanzen, Sprach- und

Kulturgrenzen hinweg zumeist eine positive Auslese; denn es gehen nicht die Schwachen, Ängstlichen und Risikoscheuen, sondern die Starken, Mutigen und Risikobereiten.

Gerade deswegen wäre es natürlich deutlich besser gewesen, wenn Deutschland -wie von Wissenschaftlern bis zur geistigen Erschöpfung immer wieder vergeblich angeraten – rechtzeitig ein arbeitsmarktorientiertes Punktesystem eingeführt hätte, um unter Arbeitswanderern oder Einwanderern auswählen zu können, statt sich auf die arbeitsmarktorientierte nachholende Qualifikation von Geflüchteten konzentrieren zu müssen, von denen niemand weiß, wann sie in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen, können oder müssen. Es hat nicht sollen sein.

Das Gerede vom doch inzwischen sehr praktikablen kleinen Punktesystem insbesondere für Fachkräfte und hoch qualifizierte, das auch die OECD lobt, kann aber nicht verschleiern, dass es über Jahrzehnte hinweg kein funktionstüchtiges Steuerungssystem im Blick auf die Arbeitsmarktentwicklung gab.

Bei der Integration der Geflüchteten spielt wie in allen Integrationsprozessen, neben Sprache und Bildung die Integration am Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle. Dabei geht es hier aber eben nicht primär um arbeitsmarktpolitische Überlegungen, sondern um Integrationsförderung, bei der das aufgeklärte Eigeninteresse des Aufnahmelandes durchaus zweitrangig ist.

Es kommt jetzt und auch auf weite Sicht darauf an, den Flüchtlingen die Chance zu geben, ihr Humankapital zu investieren zum Zweck ihrer Integration und als Gewinn für diese Gesellschaft oder, im Falle ihrer Rückwanderung, im Interesse ihrer Reintegration und der Entwicklungsförderung ihrer Herkunftsgesellschaft.

Integration durch Teilhabe, insbesondere durch Arbeit ist angesagt, Exklusion und Desintegration könnten sich mit sozialen Problemen und Konflikten rächen.

Integration durch Arbeit aber setzt sprachliche und berufliche Qualifikation voraus. Und hier liegt ein Problem, dass wir nicht sozialromantisch schönreden sollten: Die europäischen Wirtschaftswanderer sind zwar zumeist erheblich besser qualifiziert als die Erwerbsbevölkerung in Deutschland. Aber bei den Flüchtlingen aus Drittstaaten sieht das oft ganz anders aus. Nach noch unsicheren Schätzungen haben zwar ca. 30 % der Flüchtlinge aus Syrien einen tertiären Abschluss. Viele andere Syrer haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder doch berufliche Erfahrung als selbständige Gewerbetreibende. Das klingt gut.

Aber in der Gesamtheit der neu zuwandernden Flüchtlingsbevölkerung gibt es wohl zur weit überwiegenden Mehrheit keine Berufsabschlüsse, die hiesigen Kriterien entsprechen könnten. Und nicht wenige Flüchtlinge haben auch gar keine schulische oder berufliche Qualifikation. Angeblich ca. 15 % der Erwachsenen sind Analphabeten, nach Auffassung des in dieser Hinsicht für schlechte Perspektiven immer offenen Bundesministeriums des Inneren möglicherweise sogar bis zu 30 %.

Ein Analphabet mag im Herkunftsgebiet durchaus die Chance gehabt haben, ein eigenständiges Leben zu führen. Hier hat er dafür wenig Chancen, auch wenn es bei der Arbeitnahme im Einwanderungsland nicht immer nur um berufliche Qualifikation sondern auch um persönliche Leistungsbereitschaft, Einsatzfreude und insgesamt das sogenannte Humankapital angeht, das bekanntlich nicht nur Zeugnis abhängig ist.

Natürlich erscheint Bildung ökonomisch und bildungstechnisch vieles machbar bei gutem Willen und zureichenden Investitionen. Aber ob die tönende Rede von der demo-ökonomischen ‚Bereicherung‘ in Zeiten des demographischen Wandels oder sogar vom unglaublichen ‚Glück‘ für den Arbeitsmarkt und die

Rentensysteme wirklich nachhaltig ist, stellen viele Fachleute infrage. Sie fürchten, dass viele Flüchtlinge nicht oder nicht zureichend im Arbeitsmarkt Fuß fassen könnten. Dann drohe später eine wachsende Altersarmut auch infolge der Flüchtlingszuwanderung. Das aber wäre dann das genaue Gegenteil von Ergänzung am Arbeitsmarkt und Entlastung bei den Sozialsystemen.

350.000 Flüchtlinge können nach begründeter Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit jährlich am Arbeitsmarkt aufgenommen werden, wo im Jahr rund 700.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber auch die Bundesanstalt geht davon aus, dass nur 10 % der Flüchtlinge nach einem Jahr, 50 % nach fünf Jahren und insgesamt 75 % nach 12/13 Jahren eine Arbeit gefunden haben werden.

Das ist ein langer und im Blick auf die zwischenzeitlich nötigen Sozialtransfers teurer Zeitraum. Und 25 % der Flüchtlinge, insbesondere diejenigen, die älter als 40 Jahre sind, würden nach dieser Rechnung wohl gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, Langzeitarbeitslose bleiben und damit nicht die Renten sichern, sondern die Altersarmut steigern.

Dennoch dürfte auch die aufwändige wirtschaftliche Integration der Flüchtlinge am Arbeitsmarkt insgesamt auf weite Sicht letztendlich für das Aufnahmeland eine Gewinnrechnung sein. Die Wirtschaft sieht das für ihre Betriebe auch so, sie bezieht bei ihrer betriebswirtschaftlichen Gesamtrechnung aber natürlich die staatlichen Sozialtransfers nicht mit ein.

Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen und muss erst noch gefunden werden – und zwar unter erheblichem Zeitdruck, denn es fehlt an zureichenden Daten über die Qualifikationsprofile der Flüchtlinge. Das neue Projekt des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration zur Eruiierung und Evaluierung des verfügbaren Wissens über Flüchtlinge kam in einer ersten Bestandsaufnahme zu dem traurigen, an den weisen Sokrates erinnernden Ergebnis: Wir wissen dass wir nichts wissen, oder doch jedenfalls viel zu wenig.

Fazit: Dass die Aufnahme von Schutzsuchenden eine humanitäre Pflicht ist und dass Zuwanderung und gelingende Integration für das demographiegeplagte Greisenhaus in der Mitte Europas nur hilfreich sein können, ist eine Binsenweisheit. Aber wie soll das Schutzgebot gegenüber weltweit nachdrängenden Schutzbedürftigen aufrechterhalten werden, wenn die Integrationssysteme zunehmend belastet und vielleicht am Ende sogar verstopft werden, weil zu viele Neuzuwanderer zu lange in dieser Förderung bleiben müssen, bis sie eine wirtschaftlich eigenständige Lebensführung finden können, während andere, ebenso aufnahme- und förderungsbedürftige Schutzsuchende nachdrängen?

Darüber muss offen und klar geredet werden. Und dafür sind Konzepte gefragt, die nicht nur auf die Förderung der Integration, sondern auch auf die Regulation der Zuwanderung in Deutschland und Europa zielen - womit sich nur ein weiteres Mal die triviale Tatsache erweist, dass Integration und Migration zwei Seiten der gleichen Medaille sind.